

Österreich an der Schwelle zu einer neuen politischen Etappe

Die Nationalratswahl 2013: Politische Analyse und Empfehlungen für Unternehmen

Alexandra Siegl, Peter Hajek
Peter Hajek Public Opinion Strategies, Wien

Walter Osztovcics
Kovar & Partners, Wien

Andreas Kovar
KovarHuss, Berlin

vorgelegt am 07.10.2013

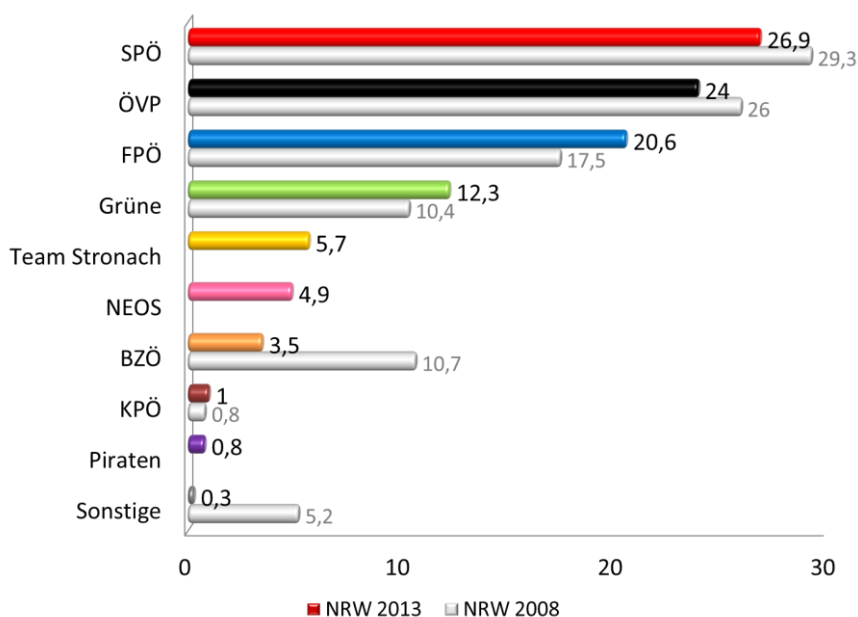
Inhalt

Ergebnisse der Nationalratswahl.....	3
Analyse der Kampagnen.....	7
SPÖ.....	7
ÖVP.....	7
FPÖ.....	8
Grüne.....	9
Team Stronach.....	9
NEOS.....	10
BZÖ.....	10
Politische Szenarien.....	11
SPÖ + FPÖ.....	11
ÖVP + FPÖ + Team Stronach.....	11
ÖVP + FPÖ + NEOS.....	12
SPÖ + Grüne + Team Stronach + NEOS.....	12
Ergebnisse für den Standort und Empfehlungen für Unternehmen.....	14
Die Autoren.....	17

Ergebnisse der Nationalratswahl

Ein Sechs-Parteien-Parlament mit drei etwa gleich starken größeren Parteien – damit steht Österreich auf halbem Weg zwischen Alt und Neu. Haben in der Nachkriegszeit über Jahrzehnte zwei „Großparteien“ die Politik des Landes nahezu alleine bestimmt und gemeinsam Ende der 70er Jahre noch mehr als 90% der Wählerstimmen erreicht, so hat die ehemals „Große Koalition“ bei der vergangenen Wahl nur noch haarscharf eine Mehrheit von über 50%, und das vielleicht zum letzten Mal. Nicht nur sind die mittlerweile schon traditionellen Oppositionsparteien FPÖ und Grüne stärker geworden, mit dem Team Stronach und den NEOS wurden auch zwei neue Parteien ins Parlament gewählt.

Dieses Rückzugsgefecht der Traditionsparteien spiegelt sich auch im Wahlkampf der SPÖ wider. Mit einer ganz klar auf die Kernwähler fokussierten bzw. reduzierten Kampagne gelang es Wahlkampfmanager Darabos, seiner Partei den ersten Platz zu sichern, allerdings mit einem Minus von 2,4 Prozentpunkten im Vergleich zu 2008 und keinen nennenswerten Gewinnern bei Wählern abseits jener Menschen, die der Partei auch schon beim letzten Mal ihre Stimme gegeben haben¹.

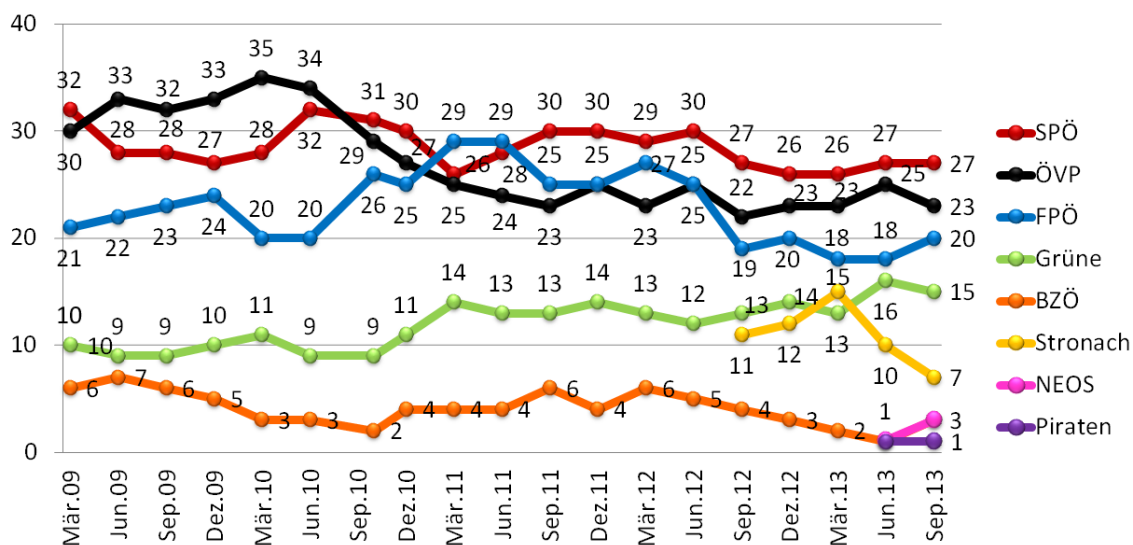


Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der ÖVP, auch diese hat zwar Platz zwei verteidigen können, allerdings mit Verlusten von 2 Prozentpunkten im Vergleich zur letzten Wahl. Auch sie konnte kaum neue Wähler ansprechen, was auch ein Blick auf die Wahlmotive zeigt: In der ungestützten Fragestellung ist „Stammwähler“ mit einem Anteil von 29% der spontanen Nennungen das stärkste Wahlmotiv der ÖVP-Wähler, es folgt das wenig konkrete Motiv, die Partei habe die richtigen Themen bzw. ein gutes Programm, erst auf Platz drei kommt mit 20% die Wirtschaftskompetenz. Weitere Themenschwerpunkte, die im Wahlkampf gesetzt wurden, kamen bei den Wählern nur sehr bedingt an und auch der propagierte Kanzlerwechsel war für die ÖVP-Wählerschaft kein Wahlmotiv².

¹ Quelle: Wahltagsbefragung Peter Hajek im Auftrag von ATV: http://www.peterhajek.com/media/pdf/ATV_Wahltagsbefragung.pdf

² Quelle: Wahltagsbefragung Peter Hajek im Auftrag von ATV.

Heinz-Christian Strache hatte zwischenzeitlich schon das Duell um Platz 1 ausgerufen. Das ist es dann doch nicht ganz geworden, nichtsdestotrotz konnte die FPÖ starke Zugewinne verbuchen und der ÖVP gefährlich nahe kommen. Wehrmutstropfen aus Sicht der Partei muss wohl das Auftauchen Stronachs sein, der zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt für die FPÖ die politische Bühne betreten hat. War die Partei im Frühjahr 2011 mit 29% Wählerzustimmung auf Platz 1 der Parteien und immerhin bis etwa Juni 2012 auf Platz zwei oder gleichauf mit der ÖVP, sackte die FPÖ im Herbst 2012 auf 19% ab. Frank Stronach stand damals bei 11% und zog in erster Linie Wähler der FPÖ ab. Seitdem waren FPÖ und Team Stronach kommunizierende Gefäße. Im März 2013 lag der Anteil Stronachs am Höhepunkt bei 15%, die FPÖ mit 18% auf einem Tiefstand. Im Verlauf des Wahlkampfes schadete sich Stronach mit wirren TV-Auftritten und mangelhaftem Sachwissen jedoch zunehmend selbst, viele Stimmen wanderten also vom ehemals neuen Hoffnungsträger zurück in die Arme der altbekannten und doch verlässlicher wirkenden FPÖ³. Frank Stronach blieb mit einem Ergebnis von 5,7% klar unter seinem Potenzial. Seine öffentlichen Auftritte offenbarten nicht nur das aufbrausende Gemüt des 81-Jährigen, sondern auch mangelndes Fingerspitzengefühl (Stichwort: Todesstrafe) und inhaltliches Unwissen. In einer Befragung von Peter Hajek Mitte September orteten 75% der Wahlberechtigten eine schlechte Performance Stronachs bei den TV-Konfrontationen, selbst in der eigenen Wählerschaft sah eine Mehrheit die Auftritte negativ. Dementsprechend wurde der Spitzenkandidat gegen Ende des Wahlkampfes dann auch von TV-Konfrontationen ferngehalten⁴.



Die Grünen haben mit 12,3% das beste Ergebnis ihrer Geschichte erreicht. Trotz allem hielt sich der Jubel in der Partei in Grenzen, schließlich hatte man sich noch mehr erwartet. Die Grünen waren mit zwei Problemen konfrontiert. Erstens gab es vor allem gegen Ende des Wahlkampfes hin, als ein Einzug der NEOS immer wahrscheinlicher wurde, und die Stimme damit keine „verschwendete“ sein würde, starke Absetzbewegungen ehemaliger Grün-Wähler in Richtung NEOS. Ehemalige Grün-Wähler waren die zweitgrößte Wählergruppe hinter ehemaligen ÖVP-Wählern, die die NEOS verbuchen konnten: ganze 21%

³ Quelle: ATV Österreich.Trend September 2013: <http://atv.at/contentset/184821-ATV%20%C3%96sterreich-Trend>

⁴ Quelle: ATV Österreich.Trend September 2013.

ihrer Wählerschaft hatte 2008 noch Grün gewählt⁵. Vergleicht man die Parteistrukturen von Grünen und NEOS, so zeigt sich, dass beide Parteien überdurchschnittlich stark höher gebildete, urbane und junge Wähler ansprechen – beide Parteien fischten also im selben Wählerpool⁶.

Die zweite Schwierigkeit der Grünen war die starke Konzentration auf das Thema Korruption. Wie die Landtagswahlen im Jahr 2013 bereits gezeigt haben, haben die Grünen mit dieser Themensetzung stark dazugewonnen, wenn Korruption im betreffenden Bundesland gerade ein akutes Thema war, also kurz vor der Wahl Skandale aufgebrochen sind. In Salzburg und in Kärnten war das so, hier konnten die Grünen stark dazugewinnen. In Tirol und Niederösterreich hingegen hatten die Wählerinnen und Wähler gerade keinen akuten Fall von Korruption und Misswirtschaft im Kopf, dementsprechend in Grenzen hielten sich auch die Zugewinne. Während das Thema den Grünen also zu Zeiten des Korruptionsuntersuchungsausschusses durchaus Zustimmung brachte, hatte es am 29. September vermutlich schon den Zenit überschritten. In der finalen Phase des Wahlkampfes wäre ein konkreter inhaltlicher Zukunftsvorschlag der Partei vermutlich noch der notwendige Turbo gewesen.

Auf Anhieb schafften die NEOS mit 4,9% den Sprung ins Parlament. Mit einem professionellen Wahlkampf und einer guten Themensetzung für die Zielgruppe war die Partei in den letzten Monaten im konstanten Aufwärtstrend. Nicht nur für die finanzielle Wahlkampfunterstützung, sondern auch für starke mediale Aufmerksamkeit in der Endphase des Wahlkampfes sorgte schließlich Hans-Peter Haselsteiner – im Unterschied zu NEOS-Spitzenkandidat Strolz ein altbekanntes Gesicht in der österreichischen Politik, der die Partei mit zahlreichen Medieninterviews im Finale noch einmal stärker ins Gespräch brachte. Haselsteiner war mit 19% in der NEOS-Wählerschaft immerhin drittstärkstes Wahlmotiv. Interessant ist hier aber ein detaillierterer Blick in die Zahlen. So sprach Haselsteiner in erster Linie Mitte-Links-Wähler an, also Menschen, die 2008 die Grünen oder die SPÖ gewählt hatten. Insbesondere ehemalige SPÖ-Wähler konnte die Partei auch erst gegen Ende des Wahlkampfes stärker an sich binden. ÖVP-nahe Wähler nannten Haselsteiner dahingegen deutlich unterdurchschnittlich als Wahlmotiv⁷. In dieser Gruppe sind auch durchaus Absetzbewegungen von den NEOS zurück zur ÖVP denkbar – schließlich stand Haselsteiner mit manchen seiner Ansichten, beispielsweise einer Vermögenssteuer von 95% ab sehr hohen Einkommensanteilen, durchaus im Widerspruch zu den NEOS und noch deutlicher zur ÖVP. Alles in allem dürfte Haselsteiner der Partei aber im Finale noch den nötigen Aufmerksamkeitsschub gebracht haben.

Nicht mehr gereicht hat es für Josef Bucher und sein BZÖ. Die einst von Jörg Haider ins Leben gerufene Abspaltung der FPÖ erreichte lediglich im Kernland Kärnten noch ein Ergebnis knapp über 10%, in allen anderen Bundesländern lag die Partei – auch in Ermangelung von Strukturen – unter 4%. Josef Bucher hatte seit Jahren versucht, aus der ehemaligen rechtspopulistischen Haider-Truppe eine wirtschaftsliberale Partei zu machen, damit war er allerdings innerhalb seiner Partei so ziemlich der Einzige, und auch die einstigen Wähler wollten Buchers Kurs nicht folgen, sondern wanderten entweder in die alte Heimat FPÖ zurück, oder versuchten ihr Glück diesmal mit einem neuen Populisten namens Frank Stronach⁸.

⁵ Quelle: Wahltagsbefragung Peter Hajek im Auftrag von ATV.

⁶ Quelle: Wahltagsbefragung Peter Hajek im Auftrag von ATV.

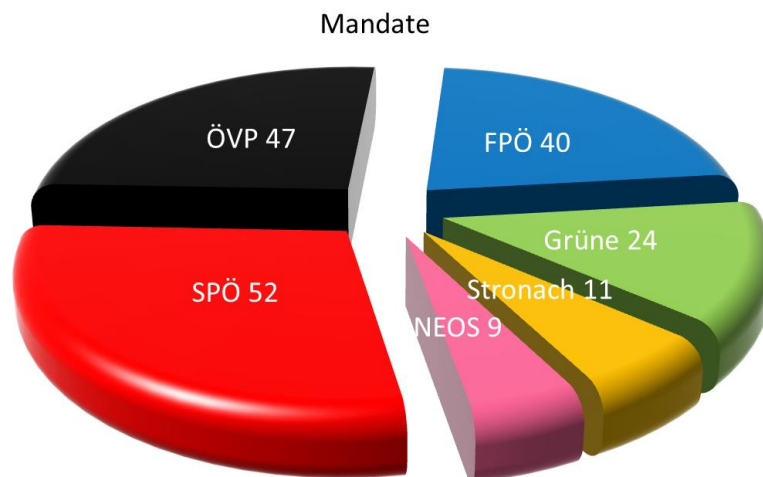
⁷ Quelle: Wahltagsbefragung Peter Hajek im Auftrag von ATV, Österreich.Trend Juni 2013 (Vorsicht: sehr kleine Stichprobe in der Gruppe der NEOS-Wähler)

⁸ Quelle: Wahltagsbefragung Peter Hajek im Auftrag von ATV.

Im Übrigen hatte die Partei rechts der Mitte einfach zu viel Konkurrenz: mit Heinz-Christian Strache und Frank Stronach gab es zwei mehr oder weniger stark rechts stehende Rechts-Populisten, die NEOS waren im wirtschaftsliberalen Bereich deutlich glaubwürdiger und wirkten dynamischer als das ums Überleben kämpfende BZÖ. Und als traditionelle Wirtschafts-partei gab es schließlich auch noch die ÖVP. Für das BZÖ fand sich in diesem Umfeld einfach kaum Platz.

Unter ferner liefen rangieren schließlich die Piraten mit 0,8%. Fand die Partei zwischenzeitlich – vor allem durch Rückenwind aus Deutschland – durchaus mediale Beachtung, wurde es in den letzten Monaten sehr still um die neue Bewegung. Im Wahlkampf fielen die Piraten weder durch Inhalte bzw. Vorschläge, noch durch eine Kampagne auf, und auch Spitzenkandidat Mario Wieser war wohl nur einem kleinen Kreis Eingeweihter bekannt. Dementsprechend blieb die Partei unter der Wahrnehmungsgrenze.

In der nächsten Legislaturperiode werden also 52 Vertreter der SPÖ und 47 Vertreter der ÖVP im Parlament sitzen. Auf die FPÖ entfallen 40 Mandate, auf die Grünen 24. Das Team Stronach konnte seinen Mandatsstand auf elf erhöhen und die NEOS ziehen mit neun Vertreterinnen und Vertretern ins Parlament ein.



Analyse der Kampagnen

SPÖ

Die SPÖ führte eine Kampagne, die thematisch und stilistisch klar auf SPÖ-Kernwähler zugeschnitten war. Im Mai startete die Partei mit den Themen Arbeit, leistbares Wohnen und „Millionärssteuern“ in den Wahlkampf – immer mit dem Metathema Gerechtigkeit. Über das Frühjahr hinweg wurden „Arbeit“, „Bildung“ und „Pensionen“ plakatiert, dabei war die Optik spartanisch: Das jeweilige Wort in Weiß auf rotem Hintergrund. Mit Arbeit, Bildung und Pensionen setzte die Partei auf Themen, die sowohl der SPÖ-Zielgruppe wichtig sind, als auch der Partei aus Wählersicht zugetraut werden. Insofern war die Themensetzung richtig. Neue Wähler abseits der Stammwählerschaft konnte die Kampagne aber nicht zuletzt auch durch die Aufmachung der Werbemittel nicht ansprechen. So erinnerten die Plakate eher an die 70er-Jahre, als dass man sie der Kampagne einer Partei im Jahr 2013 zugeordnet hätte.

In weiterer Folge wurde die Kampagne auf Werner Faymann zugeschnitten. Neben der Botschaft „Stürmische Zeiten. Sichere Hand.“ war Faymann in Großaufnahme zu sehen. Hintergrund war die Wirtschafts- und Schuldenkrise der letzten Jahre, die Österreich in der Kanzlerschaft Faymanns verhältnismäßig gut überstanden hat. Faymann wurde als staatstragender Kanzler inszeniert, der das Land gut durch die Krise geführt hat. Mit Zusätzen wie „Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz“ oder „Wir kämpfen für faire Bildung“ wurde die Botschaft noch einmal heruntergebrochen. In SPÖ-Zielgebieten wurde zudem sehr stark auf Hausbesuche gesetzt.

Im Wahlkampffinale setzte die Partei schließlich auf eine Mobilisierung ihrer Stammwähler, indem sie vor dem Schreckgespenst Schwarz-Blau warnte – die ÖVP stellte ihren Wählern dahingegen das schwarze Horrorszenario Rot-Grün in Aussicht. Interessant ist hier ein Blick auf die Wahlmotive: Während immerhin 7% der SPÖ-Wähler in der spontanen Fragestellung als Wahlmotiv angeben, Schwarz-Blau verhindern zu wollen, war eine Verhinderung von Rot-Grün in der ÖVP-Wählerschaft gar kein Thema⁹. Daneben wurde ein SPÖ-Konzept zu einer Steuerreform mit einer Senkung der Lohnnebenkosten für geringe und mittlere Einkommen präsentiert und mit dem Slogan „Gemeinsam für Österreich“ noch einmal mehr auf den Kanzler als Integrationsfigur zugespitzt.

Alles in allem war die Kampagne der SPÖ wenig spektakulär, aber dafür fehlerfrei und mit einer guten Themenwahl für die Kernwählerschaft unter dem Metathema ‚Gerechtigkeit‘. Damit ließen sich keine Stimmengewinne erzielen, der erste Platz konnte aber verteidigt werden.

ÖVP

Von einem fehlerfreien Wahlkampf konnte man im Fall der ÖVP eher nicht sprechen. Der Partei passierten mehrere Schnitzer, auf die die SPÖ nur aufspringen musste, um die Themen wochenlang am Köcheln zu halten. Der größte Fehler war wohl der widersprüchliche Kurs in der Wirtschaftspolitik. Hier wollte die ÖVP, die ja immerhin seit Jahrzehnten in der Regierung sitzt und auch seit Jahren den Wirtschaftsminister stellt, kommunizieren, dass die Wirtschaft zwar nicht schlecht läuft, dass aber eine (vielzitierte) „Entfesselung“ notwendig wäre, und die SPÖ dem Wirtschaftsstandort mit ihren Plänen einer Vermögenssteuer schaden würde. Diese Botschaft wäre schon so schwer genug an den Wähler zu bringen gewesen, noch schwerer machten es interne Grabenkämpfe. So zitierte Maria Fekter eine interne Studie, wonach einige große österreichische Unternehmen abwandern möchten (was infolge von einigen betroffenen Unternehmen dementiert wurde, auch die Studie wurde nie vorgelegt), WKO-Chef Leitl sprach sogar von einem „abgesandelten“ Wirtschaftsstandort. Dem widersprach allen voran Wirtschaftsminister Mitterlehner, der

⁹ Quelle: Wahltagsbefragung Peter Hajek im Auftrag von ATV.

den Wirtschaftsstandort als gut bezeichnete. Michael Spindelegger versuchte, alle irgendwie auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Hier war der Wähler zuweilen verwirrt, ob wir denn nun die besten Arbeitslosenzahlen der EU haben, oder doch einen schlechten Wirtschaftsstandort. Und auch die Entfesselung der Wirtschaft war nicht ganz glaubwürdig – schließlich war die ÖVP gerade 5 Jahre lang in einer Regierung, hätte also bereits entfesseln können. Und auch weitere Vorstöße der Partei, wie die frühzeitige Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters oder die Erhöhung der maximalen täglichen Arbeitszeit auf zwölf Stunden waren der breiten Wählerschaft gerade im Wahlkampf schwer vermittelbar und boten der SPÖ viel Angriffsfläche. Und auch hier zeichnete sich die ÖVP durch ein thematisches Hin- und Zurückrudern aus.

Für die Kampagne hatte die ÖVP die deutsche Agentur Butter engagiert, die in Deutschland schon erfolgreich Wahlkämpfe für die SPD geschlagen hatte. Auch im Fall der ÖVP geriet der Wahlkampf durchaus angriffig, Spitzenkandidat Spindelegger wurde als Herausforderer positioniert. Nachdem die Partei mit dem Thema Familien startete und mehr Geld bzw. steuerliche Absetzbeträge für Familien in Aussicht stellte, ging sie in den Frontalangriff der SPÖ über und plaktierte „Stoppt die Faymann-Steuern“. Die von der SPÖ geplanten Vermögenssteuern würden auch den breiten Mittelstand treffen, so das Negativszenario der ÖVP.

Im Hochsommer startete die Partei eine neue Plakatwelle, die passend zur Jahreszeit an eine Werbung für Österreich als Sommerurlaubsdestination erinnerte. Vor schönen Landschaftsbildern war „Österreich gehört den Optimisten“, den „Tatkräftigen“ oder den „Weltoffenen“ zu lesen. Unter dem ÖVP-Logo stand „Willkommen Zukunft“. Im Kontrast zu den anderen Parteien wurde also auf einen Wohlfühlwahlkampf gesetzt, der stark an frühere Schlüssel-Wahlkämpfe („Österreich. Hier geht's uns gut.“) erinnerte, die ÖVP wollte eine positive Aufbruchsstimmung erzeugen. Kleines Manko: Zeitgleich lähmte die schwarz-dominierte Lehrgewerkschaft unter Fritz Neugebauer die Republik gerade mit der 32. Verhandlungsrunde zum Lehrerdienstrecht. Michael Spindelegger konnte hier eine wenig tatkräftige Figur machen, schließlich wollte man die schwarzen Beamten nicht zu sehr vor den Kopf stoßen.

Während die vorhergehende Plakatwelle ohne den Spitzenkandidaten auskam, wurde dieser im Verlauf der Kampagnen nun in die Plakate eingebaut und als „Kanzler für die Weltoffenen“, die „Tatkräftigen“ und die „Optimisten“ dargestellt. Dieser Kanzleranspruch wurde im Verlauf der Kampagne noch weiter forciert („Kanzler für Österreich“). Diesen Kanzleranspruch hätte ein auf angriffig gecoachter Michael Spindelegger auch in den vielen TV-Konfrontationen geben sollen. Kritiker waren jedoch der Meinung, Spindelegger sei schon „übercoacht“, und der vom Naturell her eher zurückhaltenden Spindelegger könne die Rolle nicht authentisch ‚überbringen‘. Erst gegen Ende der Konfrontationen fand Spindelegger eine gute Mitte zwischen Angriff und Verbindendem mit dem Koalitionspartner.

Zusammenfassend war die Kampagne nicht ganz aus einem Guss und passte streckenweise auch nicht ganz zur ÖVP. Die Konzentration auf Wirtschaftskompetenz und Familien war strategisch logisch, die Themensetzung im Detail passierte dann aber oft unabsichtlich („abgesandelt“ etc.). Und der Kanzleranspruch war zwar nachvollziehbar für eine Partei auf Platz 2, hier fehlte der ÖVP aber ein charismatischer Kanzlerkandidat.

FPÖ

Die FPÖ brachte im Wahlkampf eine neue Abwandlung des klassischen FPÖ-Wahlkampfes. Thema war wie immer Migration, hier hat die Partei aber in den letzten Jahren ein breitentauglicheres Wording gefunden. Statt (für viele Wähler zu radikal) gegen „die Ausländer“ vom Leder zu ziehen, wurde sprachlich die Perspektive gewechselt, so solle doch zuerst an „die Österreicher“ gedacht werden. Dieses Wording spricht weitere Wählergruppen an und ist für die Wählerschaft auch leichter argumentierbar, ohne sich den Vorwurf von Ausländerfeindlichkeit gefallen lassen zu müssen. So war „Partei für die Österreicher“ bzw. „zuerst an die Österreicher denken“ auch das Top-Wahlmotiv der FPÖ-Wähler mit 39% der spontanen Nennungen. Dieses

Denken an die Österreicher stand diesmal unter dem Motto der Nächstenliebe. „Liebe deine Nächsten. Für mich sind das unsere Österreicher.“ ließ ein von den Plakaten lächelnder HC Strache den Wähler wissen und positionierte sich, wie schon in den letzten Jahren, „soft“ genug, um neue Wähler anzusprechen zu können. Auch thematisch setzte die Partei auf FPÖ-Klassiker: EU-Kritik („weniger Geld nach Brüssel“) und Soziales (nur für die Inländer, versteht sich), also höhere Pensionen um die große Gruppe der Pensionisten anzusprechen, höhere Familienleistungen, um den Familien ein Angebot zu machen, oder auch mehr Geld für behinderte Menschen – eine neue FPÖ-Zielgruppe. Auch leistbares Wohnen, „Einkommen zum Auskommen“ und mehr direkte Demokratie fanden sich im Themenportfolio. „Weil ER an EUCH glaubt“, wurde den Österreichern im Wahlkampffinale noch ans Herz gelegt. Alles in allem eine Kampagne, die auf die Kernthemen der Wählerschaft setzte und nicht zu radikal war, um darüber hinaus neue Wähler anzusprechen. Noch mehr als die Kampagne nützte der Partei aber die Selbstdemontage von Hauptkonkurrent Stronach.

Grüne

Den Grünen wurde lange Jahre vorgeworfen, zu intellektuell bzw. auf eine Art zu wenig populistisch aufzutreten und deshalb abseits der Bildungsschicht niemanden anzusprechen. Das wollten die Grünen spätestens im Wahlkampf 2013 nicht länger auf sich sitzen lassen und engagierten Ö3-Kampagnenleiter Martin Radjaby, um den richtigen Ton für die breite Masse zu finden. Daraus entstand eine witzige, durchaus auch selbstironische Kampagne. Inhaltlich setzten die Grünen wie auch schon in den Landtagswahlkämpfen auf „Saubere Umwelt. Saubere Politik.“, also auf das Kernthema Umwelt und darauf, die einzige Partei ohne Skandalen zu sein und Korruption in der Politik zu verfolgen. Daneben wurde auch der vielzitierte Stillstand unter Rot-Schwarz thematisiert, und die Grünen als geringstes Übel unter den Parteien „Weniger belämmert als die Anderen“ dargestellt. Vor allem wurde aber auf das Thema Korruption gesetzt, was sich nicht nur auf den Plakaten „Wer einmal stiehlt, den wählt man nicht.“ sondern auch in Eva Glawischnigs sehr angriffigen Auftritten in den TV-Konfrontationen zeigte. In der nächsten Plakatwelle sprachen die Grünen die Themen Bildung und Wirtschaft („Wirtschaft geht auch ohne Freunderl“, in Anspielung an die ÖVP und als Angebot an deren Wählerklientel) an. Daneben gab es in einer professionellen Online-Kampagne auch allerlei witzige Spots, die sich gegen die politische Konkurrenz richteten. Das Wahlkampffinale war schließlich sehr stark auf „Eva“ zugespitzt, eine Regierungsbeteiligung erklärtes Ziel der Grünen. Die Kampagne stellte die Grünen als lockere Partei mit Humor dar. Das Ergebnis war das Beste der Grünen bisher, die erhofften Zugewinne konnte sie jedoch auch nicht bringen.

Team Stronach

Eine Kampagne, die an amerikanische politische Kampagnen erinnert, lieferte das Team Stronach. Mit dem Slogan „Jetzt Frank“ sprach die Partei Wähler an, die von der Großen Koalition und insgesamt von der Politik im Land enttäuscht waren, und einen Wechsel wollten. So war auch das Top-Wahlmotiv der Partei „frischer Wind/Veränderung/Reformen“ mit 45% der spontanen Nennungen¹⁰. Von der optischen Gestaltung her waren die Plakate sehr gelungen und auch der TV-Spot Stronachs erinnerte fast schon an Spots in den Wahlkämpfen Barack Obamas. Im amerikanischen Stil wurden die Wähler hier auf einer sehr emotionalen Ebene angesprochen, unterlegt mit dementsprechender Musik und Bildern. Thematisch setzte die Kampagne neben dem Überthema Wechsel auf Arbeitsplätze, Pensionen sowie auf Anti-Korruption und Anti-Establishment. Stronach wurde in der Kampagne als „Elder Statesman“ positioniert, dem man die Geschicke des Landes vertrauensvoll in die Hände legen kann. Diesen Eindruck konterkarierte Stronach jedoch mit wirren TV-Auftritten, die schlussendlich keine noch so gute Kampagne ausbügeln konnte.

¹⁰ Quelle: Wahltagsbefragung Peter Hajek im Auftrag von ATV.

NEOS

Ebenfalls voll auf das Thema Veränderung setzten die NEOS, die sich im Lauf des Wahlkampfs beharrlich ihren Weg in die mediale und öffentliche Wahrnehmung erkämpften. Neben einer professionellen Online-Kampagne war die Partei im Gegensatz zu den Piraten auch Offline präsent – allerdings mit starkem Fokus auf die Ballungsräume.

Inhaltlich setzte die Partei vor allem auf ein Ende der Großen Koalition. Mit dem Slogan „Wir packen’s an“ bot man sich für den Fall, dass SPÖ und ÖVP unter 50 Prozent fallen würden, als „Motivationstrainer“ bzw. „Stachel im Fleisch“ von Rot und Schwarz an, der den „Reformstillstand“ durchbrechen würde. Daneben setzte die Partei vor allem auf eine Bildungsreform und eine Pensionsreform („Schluss mit der Pensionslüge“). In diesem Zusammenhang präsentierten sich die NEOS auch als Partei für die junge Generation, die schließlich im Alter auch noch einmal in den Genuss einer Pension kommen solle. Wähler, die befürchteten, eine Stimme für die NEOS sei eine verlorene Stimme, wurden mit „Habe Mut. Wähle NEOS.“ zu einem risikofreudigen Wahlverhalten motiviert. Und gegen Ende der Kampagne stieg dann noch Financier Hans Peter Haselsteiner persönlich in den Wahlkampf ein, und hob die NEOS endgültig über die Wahlnehmungsschwelle einer breiteren Öffentlichkeit. Zusammengefasst schaffte es die Partei, mit einer professionellen, neuartigen und humorvollen Kampagne auf Anhieb ins Parlament.

BZÖ

Ebenfalls im wirtschaftsliberalen Teich fischte Josef Bucher mit dem BZÖ. Zielgruppe waren hier vor allem kleine und mittlere Betriebe, denen die Partei Steuersenkungen und Verwaltungsvereinfachungen versprach. Darüber hinaus wurden aber auch Angestellte und Arbeiter, kurz jeder, der findet, er habe „genug gezahlt“, angesprochen, ihnen wurde „mehr Geld zum Leben“ in Aussicht gestellt, und das wiederum durch Steuersenkungen und Strukturreformen. Eine neue Zielgruppe fand Bucher in Patchwork-Familien, und hier vor allem den Vätern. Für diese forderte er die steuerliche Absetzbarkeit von Alimenten. Keine schlechte Strategie, schließlich spricht abseits der dubiosen Männer-Partei keine Partei diese Wählergruppe gesondert an.

Mit dem rechtspopulistischen Erbe Jörg Haiders wollte Bucher nichts mehr zu tun haben. So positionierte er seine Partei als die „moderne Mitte“ und verbannte alte Haider-Getreue wie Stefan Petzner oder Ewald Stadler auf aussichtslose Listenplätze. Nichtsdestotrotz konnte sich die Partei nicht ganz von ihrem Erbe abgrenzen, war auch weniger glaubwürdig in ihrem Segment, als beispielsweise die NEOS und kämpfte wie der pinke Konkurrent ebenfalls mit dem Fallbeil-Effekt, also damit, dass eine Stimme für das BZÖ bei Verfehlen der 4%-Hürde eine „verlorene Stimme“ sein würde. Mit dem verpassten Einzug in den Nationalrat ist die Trennung des rechten Lagers in FPÖ und BZÖ wohl endgültig Geschichte.

Politische Szenarien

In einem Punkt ist das Ergebnis der Nationalratswahl paradox: Es hat den Spielraum für Regierungsbildungen weiter verengt. Seit 1986 (damals begann der Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider) leidet ja das österreichische politische System darunter, dass Parteien und Wähler nach jeder Wahl (mit der einzigen Ausnahme von 2002) die immer gleiche Konstellation vorfanden: Die stimmenstärkste SPÖ konnte nur mit der ÖVP koalieren, weil ein Bündnis mit der FPÖ für die Parteibasis und die Funktionäre einem Tabubruch gleichkäme und sonst keine Mehrheiten möglich waren. Die einzige Alternative zu Rot-Schwarz war daher immer wieder nur Schwarz-Blau – eine Variante, die in allen Umfragen stets noch weniger Sympathien hatte als die Große Koalition. Das kurze Intermezzo von eineinhalb Legislaturperioden unter Schwarz-Blau in den Jahren 2000 – 2006 änderte sichtlich nichts an der versteinerten Grundkonstellation. Die SPÖ-ÖVP-Koalition wurde nach 2006 wieder zum politischen Normalzustand, von allen (inklusive der beteiligten Parteien) beklagt, aber scheinbar ohne Ausweg.

Bei der Wahl 2013 hofften deshalb alle Kräfte darauf, diese ungewollte Blockadesituation überwinden zu können. Tatsächlich hat sich das Problem der Unausweichlichkeit einer Rot-Schwarzen Koalition aber verschärft, obwohl rein arithmetisch durch die große Anzahl von Parteien eine Fülle von möglichen Konstellationen entstanden ist. Realpolitisch sind aber alle diese im Sandkasten darstellbaren Spielarten wenig plausibel.

SPÖ + FPÖ

Schwarz-Blau ist rechnerisch nicht mehr möglich. Die einzige Zweier-Koalition neben Rot-Schwarz wäre Rot-Blau. Theoretisch könnte die SPÖ sehr wohl über ihren Schatten springen – Strache ist kein Haider, bei allen Vorbehalten auf Seiten der SPÖ-Basis – und tatsächlich mit der FPÖ über eine Koalition verhandeln. Stimmen in diese Richtung gibt es bereits. Sie klingen aber einstweilen eher nach taktischen Wortmeldungen, mit denen die SPÖ ihre Verhandlungsposition gegenüber der ÖVP stärken will. Allerdings: Selbst wenn es dazu kommen sollte, hätte Rot-Blau nur die kleinste aller denkbaren Mehrheiten, nämlich 92 von 183 Mandaten.

ÖVP + FPÖ + Team Stronach

Alle anderen Konstellationen erfordern mindestens drei Partner. Die am häufigsten genannte wäre eine durch das Team Stronach möglich gemachte Neuauflage der ÖVP-FPÖ-Regierung. Ein gemeinsames Programm ließe sich mit Frank und seiner Mannschaft zweifellos finden – obwohl es spannend wäre, zu sehen, wie die ÖVP mit den Anti-Wirtschaftskammer-Haltungen von FP und TS zurechtkommt. In der Praxis würde einer solchen Regierung aber ein langer innenpolitischer Streit vorangehen. Denn Bundespräsident Heinz Fischer wird zweifellos nur dann dem ÖVP-Chef überhaupt einen Auftrag zur Regierungsbildung erteilen, wenn klar ist, dass für die stimmenstärkste SPÖ keine Verhandlungsoptionen mehr bestehen.

Die ÖVP wäre in einer taktisch viel schwierigeren Lage als an der Jahreswende 1999/2000. Damals hielt VP-Chef Wolfgang Schüssel über Monate die Pose durch, dass er seine Partei in die Opposition führen wolle und daher für Verhandlungen gar nicht zur Verfügung stehe. Die ÖVP war damals Dritter, zudem hatte Schüssel den Gang in die Opposition schon im Wahlkampf versprochen gehabt. Beides trifft in diesem Fall nicht zu, die ÖVP kann Verhandlungen mit der SPÖ keinesfalls verweigern. Sollten die Bürgerlichen also Planspiele in Richtung „Schwarz-Blau 2.0“ wälzen, müssten sie plausibel machen können, dass sie ernsthaft um einen Regierungspakt bemüht waren, aber „mit dieser SPÖ“ einfach nicht können. Praktisch geht das nur, indem dramatische Schreckensszenarien ausgemalt werden für den Fall, dass die SPÖ-Pläne Wirklichkeit werden, oder indem die ÖVP unverrückbare Forderungen stellt, die für die SPÖ unannehmbar sind.

Damit nicht genug: Parallel zu diesem Polit-Theater wären geheime Verhandlungen mit der FPÖ und dem Team Stronach nötig, damit nach dem Scheitern der SPÖ-ÖVP-Gespräche dem Bundespräsidenten rasch eine

handlungsfähige Schattenregierung präsentiert werden kann. Nur dann ist es realistisch, dass Heinz Fischer der ÖVP tatsächlich einen Auftrag zur Regierungsbildung erteilt.

Auch bei den möglichen SPÖ-Gegenstrategien in einer solchen Lage sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt: Einem versierten Drehbuchautor könnte hier die Bildung einer Rot-Grün-NEOS-Minderheitsregierung ebenso einfallen wie ein Geheimpakt zur Spaltung der ÖVP (der zum Beispiel in Zusagen an die Wirtschaft enthält plus das Versprechen, 2016 NÖ-Landeshauptmann Erwin Pröll zum Bundespräsidenten zu machen).

Das kurz skizzierte Szenario sollte klar machen, dass eine Regierung Schwarz-Blau-Stronach, die in den Medien oft ins Spiel gebracht wird, in der Praxis nicht einfach nur von ein paar Parteivorständen beschlossen werden kann, sondern monatelanges Taktieren unter Einsatz von Härte und Aufbietung aller Tricks erfordert.

ÖVP + FPÖ + NEOS

Die Kombination ÖVP-FPÖ-NEOS hätte ebenfalls eine ausreichende Mehrheit. In diesem Fall wäre das gemeinsame Programm schwerer zu finden, als in der Stronach-Variante, überdies hat NEOS-Chef Matthias Strolz die Variante dezidiert ausgeschlossen. Mit gutem Grund: Für die NEOS wäre eine solche Regierungsbeteiligung ein früher Sündenfall, der viele ihrer liberalen Wähler gleich wieder vertreiben würde, insofern hat diese Konstellation auch aus der Logik der beteiligten Parteien keine hohe Plausibilität. Die Voraussetzung, dass vorher viele andere Verhandlungen gescheitert sein müssen, damit diese Konstellation überhaupt an den Start gehen kann, gilt auch hier.

SPÖ + Grüne + Team Stronach + NEOS

Blieb noch die „Anti-Schwarz-Blau-Koalition“ SPÖ + Grüne + Team Stronach + NEOS. Unter diesen höchst divergierenden Partnern wäre es ziemlich hart, einen Koalitionspakt auszuhandeln, noch dazu, wo ja in einer Viererkoalition jede der vertretenen Parteien besonders darauf bedacht sein müsste, ihre Handschrift zu hinterlassen. Die „Staat-lass-nach“- Programmatik Stronachs lässt sich mit den Steuerplänen von Rot und Grün wohl kaum unter einen Hut bringen.

Bei all diesen Rechnungen wurde zudem noch nicht berücksichtigt, dass Frank Stronach in den Tagen nach der Wahl eine ganze Reihe seiner Mitstreiter vor den Kopf gestoßen oder sogar hinausgedrängt hat, ohne dass ein höherer Sinn hinter diesen Machtdemonstrationen erkennbar geworden wäre. Es ist daher keineswegs gesichert, dass diese Partei in den bevorstehenden Monaten ausreichend Stabilität und Zusammenhalt beweisen kann, um als Verhandlungspartner überhaupt in Frage zu kommen.

Weiters darf nicht vergessen werden, dass der Alltag des Regierens häufig Zweidrittelmehrheiten erforderlich macht. Das gilt umso mehr, wenn eine Regierung eine forsche Reformagenda vorlegen will. Dass für solche Anliegen ein zusätzlicher Partner benötigt wird, ist an sich noch nichts Ungewöhnliches, die SPÖ-FPÖ-Regierungen haben schon lang keine Zweidrittelmehrheit mehr, auch die beiden Schwarz-Blauen Kabinette unter Wolfgang Schüssel hatten sie nicht. Im parlamentarischen Alltag lassen sich durchaus viele Projekte mit einer Oppositionspartei aushandeln. Allerdings wird die Sache politisch aufwändig, wenn die Regierung dabei stets auf dieselbe eine Oppositionspartei angewiesen ist, oder wenn sie mehr als einen Partner braucht, denn selbstverständlich lässt sich die Opposition ihre Zustimmung „abkaufen“, indem die Regierung ihrerseits die Zustimmung zu einem wichtigen Anliegen dieser Oppositionspartei verspricht.

In diesem Sinne wäre eine rot-blaue Regierung stets auf die ÖVP angewiesen, oder sie müsste zumindest zwei der anderen Oppositionsparteien an Bord holen. Analog gilt für eine Schwarz-Blau-Stronach-Koalition, dass diese nur mit der SPÖ oder mit Grünen plus NEOS auf die Zweidrittel-Schwelle von 122 Stimmen käme. In allen genannten Fällen müssten die Reformpläne wohl viel Federn lassen, damit die Zustimmung der nichtregierenden Parteien möglich wird, diese Regierungen wären also notgedrungen durchsetzungsschwach.

Der arithmetischen Vielfalt an möglichen Regierungen steht also die Tatsache gegenüber, dass im Grunde wieder nur Rot-Schwarz realistische Chancen auf Verwirklichung hat. Für die künftige Politik im Parlament gilt der Befund „Alles wie gehabt“ hingegen nicht. Hier darf ein deutlicher Stilwandel und eine merkliche Belebung erwartet werden. Nach dem Einzug der NEOS sitzt nun neben den Grünen noch eine zweite Partei im Nationalrat, die sich eine Verbesserung der demokratischen Spielregeln und der politischen Kultur auf die Fahnen geschrieben hat. Mehr Transparenz in den Ausschüssen, neue politische Initiativen zu mehr Partizipation und mehr direkter Demokratie werden wohl schon bald auf der Agenda stehen.

Wir werden mit großer Wahrscheinlichkeit auch ein Parlament erleben, in dem viel lebhafter als bisher kreuz und quer verhandelt wird, in dem Junktime und wechselnde Allianzen zur Tagesordnung gehören. Dazu trägt auch der Umstand bei, dass sowohl Team Stronach als auch NEOS abseits aller Rhetorik ein hohes Maß an zielorientiertem Pragmatismus mitbringen. Ein Parlament mit vielen Parteien, unter denen noch dazu mehrere nahezu ideologiefrei auftreten, ist ein guter Nährboden für eine lebendige Arbeit, sogar ein „freies Spiel der Kräfte“ oder für Experimente wie Minderheitsregierungen oder auf einzelne Projekte beschränkte politische Pakte. Eine Bildungsreform, konzipiert und beschlossen von SPÖ, Grünen, Stronach und NEOS, wäre eine realistische Möglichkeit. Umgekehrt könnte die ÖVP bei FPÖ, Stronach und NEOS Verbündete für ihre Idee einer „Entfesselung der Wirtschaft“ finden (immer vorausgesetzt, dass damit tatsächlich der Abbau von Bürokratie und die Senkung von Lohnnebenkosten gemeint sind).

Das Parlament könnte also theoretisch den größten Mangel des Wahlergebnisses ausgleichen, der darin besteht, dass es keine klare Richtungsentscheidung gebracht hat. Mit etwas Verhandlungsgeschick würde die SPÖ an ihrem voraussichtlichen Regierungspartner vorbei Mehrheiten für gesellschaftspolitische Anliegen links der Mitte finden, während die ÖVP zumindest ihr Wirtschaftsprogramm in weiten Teilen durch den Nationalrat bringen könnte.

Eine besonders gedeihliche Partnerschaft wäre eine solche „Politehe mit regelmäßigem Fremdgehen“ wohl nicht – aber eine zumindest hypothetische Möglichkeit, um neuerlich drohenden Stillstand zu vermeiden.

Ergebnisse für den Standort und Empfehlungen für Unternehmen

Zwei mögliche Bilder lassen sich für die Zukunft des Standorts Österreich zeichnen. Das eine erzählt von den versäumten Chancen, die der gegenseitigen Blockade von SPÖ und ÖVP zum Opfer fielen. Das andere von den gestiegenen Möglichkeiten, die sich für die Zivilgesellschaft und die systematische Interessenvertretung auftun.

Zum einen scheint in der Woche nach der Wahl die neuerliche Bildung einer rot-schwarzen Koalition das wahrscheinlichste Szenario. Eine solche Regierung birgt für die Wirtschaft ein hohes Frustrationspotenzial. Selbst wenn das Kabinett Faymann II mit Elan und einem guten Programm an den Start geht, wird wohl diese schlechte Stimmung überwiegen, die sich aus der Sorge nährt, dass die beiden Parteien in der Umsetzung bald wieder aneinander scheitern und einander blockieren werden.

Leider ist aber selbst die hier angenommene Voraussetzung, dass nämlich auf dem Papier ein ordentliches Reformprogramm zustande kommt, nicht sehr wahrscheinlich. Beide ehemaligen Regierungspartner reagieren mit sichtlicher Unlust auf die Aussicht, wieder zusammenarbeiten zu müssen. In beiden Parteien werden Strategen davor warnen, dass Reformen, mit denen Kernwählerschichten verunsichert werden, der FPÖ nutzen – die Steiermark legt davon ja ein beredtes Zeugnis ab. In diesem Bundesland wurden die auf Landesebene sehr dynamischen Regierungsparteien genau für dieses, anscheinend als zu offensiv empfundene Vorgehen, von den Wählern abgestraft.

Beide Parteien können es sich noch weniger leisten, Kernwählerschichten zu verärgern, sie haben ja sonst nicht mehr allzu viele Anhänger. Dieser Teufelskreis könnte dazu führen, dass sich SPÖ und ÖVP jeweils in ihre Wagenburg zurückziehen, stärker kernwählerorientierte Politik machen und den typischen FPÖ-Themen - z.B. europäische Integration und Migration - aus dem Weg gehen.

Für die Wirtschaft sind das keine guten Nachrichten. Aktive Europa- und Außenpolitik wird in einer solchen Konstellation wohl keine Priorität erhalten. Österreichs Rolle in der EU war in den letzten fünf Jahren von weitgehender Passivität gekennzeichnet. Bei keinem der großen EU-Themen, von der Energiepolitik über die Rettung des Euro bis zur Weiterentwicklung des Binnenmarkts, ist Österreich als sonderlich aktiv arbeitend aufgefallen.

Die Angst vor weiteren FPÖ-Zugewinnen wird wohl auch die nächste Regierung zu einer restriktiven Zuwanderungspolitik treiben. Strenge bis paranoide Visa-Gesetze vertreiben aber die Headquarter internationaler Konzerne (die enorme Probleme mit der internationalen Mobilität ihrer Mitarbeiter haben) ebenso wie große Teile von Touristen aus Russland, China oder den arabischen Ländern: Wer tut sich – um nur ein Beispiel zu nennen – für eine Woche Skiurlaub mühsame, demütigende Einreiseformalitäten an, wenn er in der gleichen Zeit ohne große Probleme in die Schweiz reisen kann?

Spannend bleibt die Frage, wie die gemeinsame Budget- und Steuerpolitik einer neuen SP-VP-Regierung aussehen wird. Es wäre wohl ein Fehler, für die Beurteilung dieser Frage die Aussagen aus dem Wahlkampf heranzuziehen – die waren bei beiden Parteien stark auf die eigene Klientel gezielt und wurden wohl im Bewusstsein gemacht, dass sie ohnehin mit keinem der möglichen Partner umgesetzt werden können. Das Budget 2014 sollte eigentlich noch im Oktober stehen, es wird wohl nicht mehr von der alten Regierung erstellt werden, sondern als Provisorium mit den Ansätzen von 2013 fortgeschrieben werden. Die eigentlichen Verhandlungen ums Geld starten wohl erst 2014. Dann aber werden sich große Finanzierungslücken auftun. Auch die hinausgeschobene Abdeckung der Hypo-Alpe-Adria-Schulden wird dann fällig.

Die Sanierung des Budgets wird sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitige Maßnahmen erfordern. Finanzwirtschaft (Stichwort „Bankenabgabe“) und Raucher (höhere Tabaksteuer) gelten schon jetzt als sehr wahrscheinliche Kandidaten für zusätzliche Geldquellen. Vermögensteuern auf Wohnungen und Erspartes

wird es bei einer ÖVP-Regierungsbeteiligung zweifellos nicht geben, doch bei Erbschaftssteuern und der Grundsteuer (den Einheitswerten) könnten sich die Partner einig werden. Wie bei einer Anhebung der Grundsteuer das Ziel einer Dämpfung der Kosten für Wohnen erreicht werden soll, ist freilich eine andere Frage...

Diese hier skizzierten möglichen Veränderungen werden in langwierigen Verhandlungen erarbeitet werden müssen. Bisher waren die wirklich Betroffenen – also vor allem Unternehmen und Vertreter der Zivilgesellschaft – von Verhandlungen dieser Art ausgeschlossen. Sie wurden in kleinen Gruppen geführt, bei denen die Sozialpartner und die Vertreter der Regierungsparteien nicht gestört werden wollten, hatten sie es doch schon miteinander schwer genug.

Das könnte 2014 anders sein, und sei es nur deshalb, weil in der Politik intransparentes Verhandeln zunehmend auf Ablehnung stößt und sich die Ausgeschlossenen – dazu zählt natürlich auch die Opposition – den Mangel an Partizipation nicht mehr gefallen lassen. Ganz offensichtlich intrasparente politische Prozesse passen nicht mehr in die Zeit. Viele Unternehmen, Verbände und NGOs pflegen international und in Österreich mittlerweile eine sehr offensive Interessenvertretung. Zum Teil resultiert das aus der wirtschaftlichen Notwendigkeit in wirtschaftlich angespannten Perioden. Gleichzeitig werden Verteilungskämpfe bei Unternehmen gerade dann offensichtlich schärfer, wenn die Möglichkeiten politischen Handelns zusehends schwinden.

Interessenvertretung wird ohne Zweifel im künftigen Parlament und damit auch in der künftigen Regierung an Bedeutung gewinnen. Es wird sich für Unternehmen lohnen, die Chancen zu nutzen und mit den neuen Parteien im Parlament, aber auch mit den veränderten Personen bei den etablierten Parteien, tragfähige Arbeitsbeziehungen aufzubauen.

Hinzukommt, dass neue partizipative Formen des Public Affairs Managements generell an Bedeutung gewinnen. Von Unternehmen wird nicht mehr nur über schlechte Politik gemault oder ein Forderungspapier oder noch eine weitere Studie übergeben. In den nächsten Jahren werden sich auch in Österreich bei den Parteien neue Formen des Wissensmanagements, wie Crowd sourcing und Instrumente der Liquid democracy durchsetzen. Die deutschen Grünen haben bereits vor Jahren mit Wiki-Dateien Programme erarbeitet. Think Tanks und die deutsche SPD haben mit Adhocracy und ähnlichen Werkzeugen Diskussionen mit hunderten und tausenden Teilnehmern organisiert. Die amerikanische Administration lässt die Internetpolitik öffentlich erarbeiten. In Österreich wurde die IKT-Strategie einem web-basierten Hearing unterzogen. Von den im Parlament vertretenen Parteien haben v.a. die NEOS politische Konzepte online-basiert erarbeitet. Die technischen Tools haben eine Reife erreicht, die das praktisch ermöglicht. Die Forderungen nach parteiinterner Demokratie unterstützen diese Entwicklung. Auch alte Volksparteien werden ihren Zielgruppen das Maß an Beteiligung anbieten müssen, das für neue politische Gruppierungen praktiziert wird. Diese kollaborative Arbeitsweise erfordert auch von Interessensvertreter ihre Zusammenarbeit mit der Politik und eigenen Stakeholdern online und offline zu überdenken und auch neu zu organisieren. Viele Unternehmen und NGOs haben sich bereits zu sachpolitisch anschlussfähigen Lobbyisten entwickelt, die in der Lage sind mit Regierungen, Parlamenten und Sozialpartnern auf gleicher Augenhöhe zu verhandeln. Wer dazu noch nicht in der Lage ist, hat die Chance, mit der neuen jetzt startenden Gesetzgebungsperiode einen Neustart beim Public Affairs Management hinzulegen. Interessensvertreter stehen jetzt an der Schwelle zu einer neuen politischen Etappe. Soweit zur grundsätzlichen Weiterentwicklung des Public Affairs Managements in den nächsten Jahren in Österreich.

Ab sofort und über die nächsten Monate hinweg werden Interessensvertreter die Koalitionsverhandlungen beobachten und begleiten. Dabei werden zwischen den Verhandelnden und den Beratern, Experten und unterschiedlichen Anspruchsgruppen im Umfeld der Verhandlungen Arbeitspapiere ausgetauscht, an Problemlösungen und konkreten Textvorschlägen gearbeitet. Als Unternehmensvertreter findet man in

dieser Phase Gehör, wenn man die Verhandlungen mit hilfreichen Input unterstützen kann. Informationen über den Fortgang der Verhandlungen erhalten Außenstehende nur, wenn die Zusammenarbeit funktioniert. Unternehmen und Gruppen, die bereits vorausgearbeitet haben, die für sie relevanten politischen und gesellschaftlichen Risiken und Opportunities kennen, werden in der Phase der Erarbeitung eines Regierungsprogramms offensiver handeln können und bereits in den letzten Monaten der Politik konkrete Vorstellungen und Wünsche für die nächsten Jahre vorgestellt haben. Unternehmen, die noch nicht aktiv auf die politischen Parteien zugegangen sind, sollten trotzdem die Verhandlungen verfolgen und sicherstellen, dass im Regierungsprogramm keine für sie nachteiligen Ideen verankert werden, die in den nächsten Jahren mühsam abgewehrt werden müssen. Auf jeden Fall wird in den nächsten Wochen die politische Agenda geschrieben, mit der Interessensvertreter in den nächsten Jahren leben werden müssen.

Parallel zu den Regierungsverhandlungen gilt es ab sofort mit dem veränderten politischen Personal in den Parlamentsklubs und mit den neuen Parteien im Nationalrat vertrauensvolle und tragfähige Arbeitsbeziehungen zu schaffen. Da gibt es einiges zu tun. Die Konstituierung des neuen Nationalrats ist für Dienstag, den 29. Oktober in Aussicht genommen. Anschließend werden die Klubs neu organisiert und die parlamentarischen Ausschüsse gegründet. Etwa 70 neue Abgeordnete (etwa 40% der Abgeordneten) werden dem neuen Hohen Haus angehören. In der Präsidiäle werden mindestens zwei neue Präsidenten und mindestens zwei neue Klubobleute Platz nehmen. Die Vorsitzenden der parlamentarischen Ausschüsse und die Sprecherfunktionen in den Klubs werden neu aufgeteilt. Bei diesen Funktionen, aber auch bei den Referenten, Sekretären und parlamentarischen Mitarbeitern der Abgeordneten werden sehr viele Positionen neu besetzt werden. Für viele Anliegen und viele Unternehmen werden neue Ansprechpartner politisch verantwortlich sein. Unabhängig davon, ob die Interessen einer großen Bank vertreten werden oder, die eines Konzerns mit einer relativ kleinen Niederlassung in Österreich, die Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und Interessensvertretung kann nur funktionieren, wenn die persönliche Zusammenarbeit zwischen den Funktionsträgern klappt.

Die Autoren



Mag. Alexandra Siegl, MSc
alexandra.siegl@peterhajek.com

ist Consultant bei Peter Hajek Public Opinion Strategies. Die Meinungsforscherin ist spezialisiert auf die Schwerpunkte Demoskopie, politisches Marketing und Microtargeting. Alexandra Siegl studierte Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien und politische Kommunikation an der Donauuniversität Krems.



Dr. Peter Hajek
ph@peterhajek.com

ist Gesellschafter der Peter Hajek Public Opinion Strategies. Der Meinungsforscher und Politologe verfügt über internationale Erfahrung als Berater in Österreich, Deutschland und bei den UN in New York. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Markt- und Meinungsforschung und Strategieberatung. Er hält Lehraufträge an der Uni Wien, an der Uni Klagenfurt und der Donauuniversität Krems.



Walter Osztovcics
walter.osztovics@publicaffairs.cc

ist Politikberater und Gesellschafter von Kovar & Partners. Er verfügt über langjährige Erfahrung als Politikjournalist, war Redakteur der deutschen Wirtschaftswoche und in Österreich bei Format, Kurier und der Wochenpresse.



Andreas Kovar
ak@kovarhuss.de

ist Gesellschafter von KovarHuss und Kovar & Partners und seit vierzehn Jahren als Public Affairs-Berater für europäische und internationale Unternehmen tätig. Seine profunden Kenntnisse der Politik sammelte er als politischer Berater im österreichischen Nationalrat und im Europäischen Parlament.